

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 24. Tel.: E 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 12 Uhr bis 14 1/2 Uhr.
Juristische Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 12 bis 13 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Zel.-Adresse: Rote Fahne Berlin. Konten: Sparkasse und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Sells-Wilhelm-Pl. Vereinstilgungsanstalt, G.m.b.H.
Königsplatz Berlin NW 278 78

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 2,50 Mark einschließlich Porto-
Lohn in Berlin und Osten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlung.
Postbezug inkl. Beleggeld 3,50 Mark; Streifenband im Inland sowie nach
Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Tschechien und Skandinavien 4,50 Mark.
Übrige Länder 4,20 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Verantwortlicher: Die Zentralredaktion Komintern-Sektion 70 Pf. Redaktion-
organisations- und Vertriebsangelegenheiten: Seite 40 Pf.
Wiederholungen: Textdruck 15 Pf., Bildschneiderei 20 Pf. Druck-
arbeit: Seite 5 Pf.
Einzelnummern: Kleine Alexanderstraße 22. Tel.: (E 1) Berolina 1228, 1218.

Die letzten Streikvorbereitungen an der Ruhr

Der zentrale Kampfausschuss der RGO. organisiert den Bergarbeiterstreik — Streikalarm auf den Gruben — Schlichtungs-
verhandlungen zwischen Bergbaronen und Gewerkschaftsführern dauern an — Unterstützt den Kampf des Ruhrproletariats!

Hufemann und Imbusch verhandeln, die Bergarbeiter handeln!

Essen, 29. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Schlichtungsverhandlungen für den Bergbau zwischen den Unternehmern und der Gewerkschaftsbürokratie unter dem Vorsitz des Prof. Brahn dauerten den ganzen Montag über an. Um Mitternacht wüden die Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt. Im Laufe des Dienstag soll ein Schiedsspruch gefällt werden.

Nach den Erfahrungen der letzten Monate und nach der Ankündigung der Brüning-Regierung selbst ist es so gut wie sicher, daß dem Wunsche der Zehentärone Rechnung getragen wird. Es wird der Versuch unternommen werden, die Löhne der 300 000 Bergarbeiter zu kürzen.

Die Bergarbeiter aber denken nicht daran, sich einen Lohnraub gefallen zu lassen. Der Streikalarm auf den Gruben des Ruhrgebietes steigt mit jedem Tag. Es werden unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition die letzten Streikvorbereitungen getroffen.

Essen, 29. Dezember. (Eigene Meldung.) Am gestrigen Sonntag hat in Essen der zentrale vorbereitende Kampfausschuss die letzten entscheidenden Streikvorbereitungen getroffen.

Die Berichte gaben Kunde von der Kampfbereitstellung, die große Zeile der Schachtbesetzungen erfüllt hat. So erklärten gestern Funktionäre und Mitglieder des Bergarbeiterverbandes in einer Belegschaftsversammlung von „Königsgrube“ und „Wismar“ I und IV, daß sie „des Rates der Bürokratie satt“ sind, die gegen die Unternehmer wie zahme Kaninchen, aber gegen die Opposition so brutal wie bissige Hunde sind. Da sagte auf „Seibersdorf“ IV, V und XI die christliche Arbeiter: „Ich stüde auf die Reformisten und Christen und folge jetzt dem Ruf der RGO.“ Da sprach in der Belegschaftsversammlung von Radbod ein Arbeiter: „Nicht Schere habe ich gesucht, jetzt habe ich gefunden, wohin ich gehöre.“ Er trat der Kommunistischen Partei und der RGO bei. Hunderte von Bergarbeitern sind in den letzten Tagen spontan in die Reihen der RGO getreten. Unter ihnen vor allem solche, die in christlichen und reformistischen Verbänden organisiert sind. In der Zahlstellenversammlung von Dellwig (bei Essen) ist es zu einer regelrechten Meuterei sozialdemokratischer Arbeiter gekommen. Obwohl ein Mitglied des Hauptvorstandes des Bergarbeiterverbandes in der Versammlung anwesend war, um die Mitglieder zu beruhigen, erklärten die sozialdemokratischen Arbeiter: „Wenn die RGO zum Kampf ruft, können wir keinen Streikbruch riskieren.“

Auf der Grube Beckerswerth ist die Einheitsfront christlicher, sozialdemokratischer parteiloser und kommunistischer Arbeiter gegen die Maßregelung des oppositionellen Arbeiterratvorsitzenden Genossen Bernhard hergestellt.

Auf Schacht Rothringen hat der sozialdemokratische Arbeiter H. S. eine scharfe Protestresolution gegen die Maßregelung des roten Betriebsrats, Genossen Fritsch eingebracht. Diese Resolution, die die unproletarische Handlungsweise des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden scharf verurteilt, wurde von der Gewerkschaftsversammlung angenommen.

Sogar die Mittelständler machen in immer stärkerer Maße die Sache der Bergarbeiter zu der ihren. In zunehmendem Maße werden die Belegschaftsversammlungen von Kleinrentnerbetrieblern besucht. „Wenn der Streik kommt, werde ich nicht nur 50.— Mark, sondern 100.— Mark gewinnen, um ihm zum Siege zu verhelfen“, erklärte ein Händler in Erkenschwid. In Welsenkirchen versichern schon jetzt die Mittelständler, daß sie den Bergarbeitern, wenn sie in den Streik treten, Fleisch und Fett zur Verfügung stellen werden.

Dank der intensiven Arbeit der RGO. und der KPD. stehen schon jetzt alle wertvollen Bevölkerungsteile des Ruhrgebietes unter dem Eindruck des kommenden Kampfes. So ist es zu erklären, daß sich jetzt im wachsenden Maße auch die Solidaritätsausschüsse bilden, in denen neben den

Bergarbeitern auch die Vertreter der übrigen Arbeiterkategorien, der Kleinrentnerbetrieblern und der Bauernvereinsmitglieder vertreten sind.

Aber auch der Gegner rückt. Aus allen Himmelsrichtungen des Ruhrgebietes berichten die Mitglieder des Zentralen Kampfausschusses, daß das Bestehen der Technischen Nothilfe bereits jetzt keine Versammlungen abhält, um die Streikvorbereitungen im Laufe des Jahres zu besprechen. In Düsseldorf findet wieder ein Parteitag mit Panzerwagen abgehalten. In Gelsenkirchen die Garden Seeringers gleich in ganzen Abteilungen von 50 bis 100 Mann auf und haben sich bereits Streikpläne aufgestellt.

Mit diesen Demonstrationen unterstützen die Bergarbeiter und Steiger, wie ernst es ihnen mit dem Lohnraub ist. Das Recht des Lohnraubs tollt. Das Ruhrproletariat greift in seine Speise und hält es mit der Kraft der Hunderttausende auf, die hinter der Kommunistischen Partei und der RGO stehen. Deshalb ist der bevorstehende Kleinstreik an der Ruhr eine Angelegenheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Der Selbstmord der bulgarischen Jungkommunisten

16 Jungkommunisten zu 91 Jahren Suchhaus verurteilt

Sofia, 8. Dezember. Das Sofioter Kriegsgericht hat in Abwesenheit Angeklagter (1) und der Verteidigung — das Urteil gegen 16 bulgarische Jungkommunisten gefällt. Von den Angeklagten wurde 16 zu längstens 10 Jahren, 10 zu 5 Jahren, 10 zu 3 Jahren und 1000 Roma Gefängnis (10 Jahre 1 Monat) verurteilt. Einigen wurde freigesprochen. Die Hauptangeklagten, Genosse Dim. Popoff und Genossin K. K. K. wurden zu je 15 Jahren Suchhaus, zwei weitere Angeklagte zu je 10 Jahren, drei je 7 Jahren und ein halbblinder Schwärmer zu 1 Jahr Suchhaus verurteilt.

Alle 17 Angeklagten wurden nicht nur in der Untersuchungshaft, sondern auch — wegen ihrer mangelnden Verteidigung — in aller Öffentlichkeit vor dem Gericht auf das unerschütterliche Widerstand. Die Angeklagten wickelte sich zum größten Teil in Schwärze der Angeklagten ab.

Das Urteil ist für sich selbst. Der Prozeß ist ein Schlag auf die bulgarische Klassenjustiz selbst. Polizeigenossen und Untersuchungsrichter als Zeugen inproleten einen Prozeß, nach dem Zugehörigkeit zum RGO, Bulgariens. In der nächsten Zeit steht eine Reihe weiterer Prozeße bevor, darunter der Prozeß gegen 58 Bauern vom Dorf Gomedare, bevor.

Die nicht reichende Kette politischer Massenprozesse in Bulgarien ist ein offener Ausdruck des wütenden Terrors, sondern auch die Aufschwüngen der Arbeitermassenbewegung, welche die weißrussische Vergeßlichkeit zu erwidern versucht.

Brünings Parole: Krieg!

Das alarmierende Rüstungsprogramm des Zentrums

Einige Vorbemerkungen zum Verständnis der oben erwähnten Vorgänge, die sich an der außenpolitischen Front des deutschen Imperialismus abspielen und die jetzt aus dem Dunkel der Ruffen in den Vordergrund der Tagespolitik getreten sind:

Die in Berlin erscheinende „Germania“ ist das Blatt des imperialistischen Zentrums, das Sprachrohr des Reichsregierers Brüning, und als solches heute das führende Organ der imperialistischen Politik. Der außenpolitische Redakteur der „Germania“ ist ein gewisser Dr. Walter Hagemann. In den bei Harber in Freiburg i. Br. regelmäßig erscheinenden, von Prof. Dr. Georg Schreiber herausgegebenen „Schriften zur deutschen Politik“ ist jeden als 25. und 26. Heft eine längere Abhandlung Dr. Hagemanns über Außenpolitik und Weltfrage herausgegeben. Die Schrift trägt den bezeichnenden Titel „Deutschland am Scheidewege“, „Gedanken zur Außenpolitik“. Das Vorwort dazu hat der bekannte Führer des Zentrums, Prälat Dr. Kaas, geschrieben.

Nebenbei sei hier bemerkt, daß vieler Prälat Kaas einer der Unterzeichner der landesparlamentarischen Proklamation für eine „Rheinische Republik“ neben Deunauer und anderen Zentrumsgestirnen ist, die dem späteren Separatismus zur Plattform seiner moralischen Rechtfertigung wurde. Die Schrift Hagemanns ist keineswegs nur eine theoretische Abhandlung über die außenpolitischen Möglichkeiten Deutschlands, sondern das außenpolitische Programm der Brüning-Regierung, nach dessen Leitfaden der deutsche Imperialismus schon in den nächsten Wochen zu einem großen Vorstoß ausbrechen wird und dessen erste Anzeichen im deutsch-polnischen Konflikt bereits sichtbar sind. Es handelt sich hier um die von Brüning schon vor Wochen im Reichstag angekündigten außenpolitischen Pläne des deutschen Imperialismus, zur die des sogenannten „Sanierungsprogramms“ mit dem Artikel 18 im Innern, nach den eigenen Worten Brünings, die Aktionsfreiheit schaffen sollte.

Die geistige Abendausgabe der „Germania“ drückt bezeichnenderweise aus der oben erwähnten Schrift ihres außenpolitischen Redakteurs das Kapitel ab, in dem das „Recht“ Deutschlands zur verstärkten Aufrüstung begründet wird. Die sensationelle Bedeutung dieses Kapitels der „Germania“ liegt darin, daß mit diesen Ausführungen in der Tat der Druck mit der bisherigen Außenpolitik Deutschlands angekündigt wird. Was wir bereits vor Wochen vorausgesagt, was sich auch in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages zeigte, das findet hier seine Bestätigung. Das Zentrum bezieht die außenpolitische Linie der Nationalsozialisten, die bekanntlich in ihrer Entwicklung im Unabwärtigen Ausmaß fordern, daß „mit der deutschen Wehrvermehrung zu beginnen“, wenn „wie herauszugehen“, dem deutschen Volkern auf sofortige Einberufung der allgemeinen Wehrversammlungen spätestens im Frühjahr 1931 nicht Rechnung getragen wird. Ja, das Zentrum geht sogar weiter als die Nationalsozialisten, wenn es auch keine Aufrüstungsparole unter dem Deckmantel angeblicher Abrüstungsziele zu verbergen sucht. Nachdem in längeren Ausführungen mit teils richtigen Worten, die man bisher nur in der kommunistischen Presse finden konnte, der Wert aller Genfer und sonstigen Friedensabmachungen, der Abrüstungsprojekte und des Völkerbundes als gleich Null bezeichnet wird, ist es natürlich nur Spiegelschmerz, wenn man die eigene imperialistische Aufschwüngen hinter dem mangelnden Abrüstungswillen der anderen verbirgt. Das Zentrum erwartet nicht erst, daß eine Abrüstungskonferenz zusammentritt, sondern fordert, daß man der „Geiselnahme“ der Genfer Abrüstungskonferenz die deutsche Aufrüstungsparole auf den Konferenztisch wirft. Wie man sieht, wagt mehr, als selbst die Nationalsozialisten in ihrem oben erwähnten Antrag fordern.

Nachdem schon innenpolitisch kaum noch ernste Differenzen zwischen dem Zentrum und den Nazis bestehen, gibt es nach diesen Ausführungen der „Germania“ auch in der Außenpolitik höchstens noch tatsächliche Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden Parteien. Der Koalition